

**No. 33465**

---

**GERMANY  
and  
BELARUS**

**Treaty concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol). Signed at Bonn on 2 April 1993**

*Authentic texts: German and Byelorussian.*

*Registered by Germany on 17 December 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
BÉLARUS**

**Traité relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole). Signé à Bonn le 2 avril 1993**

*Textes authentiques : allemand et biélorusse.*

*Enregistré par l'Allemagne le 17 décembre 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
UND DER REPUBLIK BELARUS ÜBER DIE FÖRDERUNG UND  
DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON KAPITALANLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Belarus -

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen  
beiden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des  
beiderseitigen Vorteils zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von  
Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staa-  
tes zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher  
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, alle Formen der  
wirtschaftlichen Initiative, insbesondere im Bereich der priva-  
ten unternehmerischen Tätigkeit zu stärken und den Wohlstand  
beider Völker zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art,  
insbesondere, aber nicht ausschließlich
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten  
sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfand-  
rechte;

- b) Anteilsrechte an Unternehmen und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff "Investor"

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

- natürliche Personen, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind,
- Gesellschaften, das heißt jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Republik Belarus:

- natürliche Personen, die gemäß dem Gesetz der Republik Belarus über die Staatsangehörigkeit Staatsangehörige der Republik Belarus und berechtigt sind, Kapitalanlagen vorzunehmen,
- juristische Personen, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Belarus haben, dort registriert sind und berechtigt sind, Kapitalanlagen vorzunehmen;

4. umfaßt der Begriff "freier Transfer":

- a) Umtausch der in Landeswährung der Vertragspartei anfallenden Beträge in konvertierbare Währung und die anschließende Ausfuhr dieser Beträge in frei konvertierbarer Währung;
- b) Ausfuhr von in frei konvertierbarer Währung als Ergebnis einer Wirtschaftstätigkeit anfallenden Geldbeträgen.

## Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

### Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

### Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Auf Antrag des Investors werden die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;

- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Dies schließt die Rechte des Investors nach diesem Vertrag mit ein.

#### Artikel 7

- (1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3 oder Artikel 5 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.
- (2) Der Umtausch der Landeswährung der Vertragspartei in frei konvertierbare Währung erfolgt auf dem Devisenmarkt der Vertragspartei zu dem zu diesem Zeitpunkt dort geltenden Marktkurs.
- (3) Dieser Kurs darf nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zu dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt nach seinem Inkrafttreten auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

### Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann ein-



gen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, kann das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertra-

gung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

#### Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden. Sie können auf Verlangen des Investors dem zuständigen Gericht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage belegen ist, unterbreitet werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

## Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

## Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Minsk ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am *2. April 1993*

in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik  
Deutschland:



Für die Republik  
Belarus:



## PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Eine Kapitalanlage ist dann entsprechend den Rechtsvorschriften der Republik Belarus vorgenommen, wenn sie ordnungsgemäß registriert ist.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als "Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung,

die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikel 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Unternehmen gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Der Investor hat Anspruch auf Entschädigung auch bei einer durch die andere Vertragspartei vorgenommenen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens, an dem er beteiligt ist, wenn dadurch seine Kapitalanlage erheblich

beeinträchtigt ist. Bei Meinungsverschiedenheiten hierüber zwischen dem Investor und der anderen Vertragspartei gelten die Bestimmungen des Artikels 11 entsprechend.

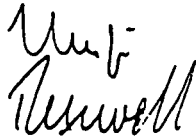
(5) Zu Artikel 7

Als "unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

- (6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.
- (7) Mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am *2. April 1993*  
in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer  
Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik  
Deutschland:



Für die Republik  
Belarus:



[BYELORUSSIAN TEXT — TEXTE BIÉLORUSSE]

ДАГАВОР ПАМІЖ ФЕДЭРАТЫЎНАЙ РЭСПУБЛІКАЙ ГЕРМАНІЯ  
І РЭСПУБЛІКАЙ БЕЛАРУСЬ АБ САДЗЕЙНІЧАННІ АЖЫ-  
ЦЦЯЎЛЕННЮ І ЎЗАЕМНАЙ АХОВЕ ІНВЕСТЫЦЫЙ

Федэратыўная Рэспубліка Германія і Рэспубліка Бела-  
русь,

жадаючы паглыбляць эканамічнае супрацоўніцтва паміж  
дзвюма дзяржавамі на аснове раўнапраўя і ўзаемнай выгады,

імкнучыся стварыць спрыяльныя ўмовы для ажыццяўлення  
інвестыцый інвестараў адной дзяржавы на тэрыторыі іншай  
дзяржавы,

усведамляючы, што садзейнічанне ажыццяўленню і дага-  
ворная ахова гэтых інвестыцый могуць умацаваць усе формы  
эканамічнай ініцыятывы, у прыватнасці, у галіне прыват-  
най прадпрымальніцкай дзейнасці, і памножыць дабрабыт  
абодвух народаў,

дамовіліся аб ніжэйпададзеным:

Артыкул 1

Для мэт дадзенага Дагавора:

1. тэрмін "інвестыцыі" ахоплівае ўсе віды маёмасных  
каштоўнасцей, у прыватнасці, але не выключна:

а) маёмасць у выглядзе рухомай і нерухомай маёмасці,  
а таксама іншыя маёмасныя правы, такія як іпатэчныя правы  
і правы залогі;



б) права на долевы ўдзел і іншыя формы ўдзелу ў прадпрыемствах;

в) права патрабавання па грашовых сродках, выкарыстаных для стварэння эканамічных каштоўнасцей, ці паслугах, якія маюць эканамічную каштоўнасць;

г) права інтэлектуальнай маёмасці, такія як, у прыватнасці, аўтарскія права, патэнты, карысныя мадэлі, прамысловыя ўзоры і мадэлі, таварныя знакі, фірменныя назвы, вытворчыя і камерцыйныя тайны, тэхналогія, "ноў-хаў" і "гудвіл";

д) канцэсіі, уключаючы канцэсіі на разведку і здабычу прыродных рэсурсаў;

змяненне віду ўкладання маёмасных каштоўнасцей не закранае іх уласцівасці як інвестыцый;

2. тэрмін "даходы" азначае сумы, атрыманыя за пэўны перыяд у выніку інвестыцый, такія як долі прыбытку, дывідэнды, працэнты, ліцэнзійныя ці іншыя выплаты;

3. тэрмін "інвестары" азначае:

а) у адносінах да Федэратыўнай Рэспублікі Германія:  
- фізічныя асобы, што з'яўляюцца немцамі ў адпаведнасці з Асноўным законам Федэратыўнай Рэспублікі Германія;

- таварыствы, г.э. любая юрыдычная асоба ці гандлюе таварыства, іншыя таварыствы ці аб'яднанні з правам юрыдычнай асобы ці без яго, з месцам размяшчэння на тэрыторыі Федэратыўнай Рэспублікі Германія, незалежна ад таго, накіраваная іх дзейнасць на атрыманне прыбытку ці не;

б) у адносінах да Рэспублікі Беларусь:

- фізічныя асобы, якія з'яўляюцца грамадзянамі Рэспублікі Беларусь у адпаведнасці з Законам Рэспублікі Беларусь аб грамадзянстве і маюць права на ажыццяўленне інвестыцыйнай дзейнасці;

- юрыдычныя асобы, якія размешчаны і зарэгістраваны на тэрыторыі Рэспублікі Беларусь і правамоцныя ажыццяўляць інвестыцыйную дзейнасць;

4. тэрмін "свабодны трансфер" уключае:

а) абмен сум, якія атрыманы ў нацыянальнай валюце Дагаворнага Боку, у свабодна канверсаную валюту і далейшы перавод гэтых сум у свабодна канверсаванай валюце;

б) перавод сум, якія атрыманы ў свабодна канверсаванай валюце ў выніку гаспадарчай дзейнасці.

## Артыкул 2

1. Кожны з Дагаворных Бакоў па меры магчымасці будзе садзейнічаць на сваёй тэрыторыі інвестыцыям інвестараў іншага Дагаворнага Боку і будзе дапускаць гэтыя інвестыцыі ў адпаведнасці са сваім заканадаўствам. Ён у кожным выпадку будзе абходзіцца з інвестыцыямі са ўсёй справядлівасцю.

2. Ні адзін з Дагаворных Бакоў на сваёй тэрыторыі ніякім чынам не будзе абмяжоўваць інвестараў іншага Дагаворнага Боку ў кіраванні і распараджэнні іх інвестыцыямі, а таксама ў іх прымяненні і выкарыстанні шляхам прыняцця адвольных ці дыскрымінацыйных мер.

3. Інвестыцыі інвестараў аднаго Дагаворнага Боку, якія ажыццёўлены ў адпаведнасці з заканадаўствам іншага

Дагаворнага Боку на яго тэрыторыі, знаходзяцца пад аховай дадзенага Дагавора.

### Артыкул 3

1. Кожны з Дагаворных Бакоў забяспечвае на сваёй тэрыторыі ў адносінах да інвестыцый, якія знаходзяцца ў поўнай ці долевай уласнасці інвестараў іншага Дагаворнага Боку, рэжым не менш спрыяльны, чым у адносінах да інвестыцый уласных інвестараў ці інвестараў трэціх дзяржаў.

2. Кожны з Дагаворных Бакоў забяспечвае на сваёй тэрыторыі ў адносінах да інвестараў іншага Дагаворнага Боку ў тым, што датычыцца іх дзейнасці ў сувязі з інвестыцыямі, рэжым не менш спрыяльны, чым у адносінах да ўласных інвестараў ці інвестараў трэціх дзяржаў.

3. Гэты рэжым не распаўсюджваецца на льготы і прывілеі, якія адзін з Дагаворных Бакоў прадастаўляе інвестарам трэціх дзяржаў у сувязі з яго ўдзелам у мытным ці эканамічным саюзе, агульным рынку ці зоне свабоднага гандлю ці ў сувязі з яго асацыяцыяй з імі.

4. Рэжым, які прадастаўляецца ў адпаведнасці з дадзеным Артыкулам, не распаўсюджваецца на льготы, якія адзін Дагаворны Бок прадастаўляе інвестарам трэціх дзяржаў на падставе пагаднення аб пазбяганні падвоянага падаткаабкладання ці іншых дамоўленасцей па падаткавых пытаннях.

### Артыкул 4

1. Інвестыцыі інвестараў аднаго Дагаворнага Боку на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку карыстаюцца поўнай аховай і бяспекай.

2. Да інвестыцый інвестараў аднаго Дагаворнага Боку могуць быць прыняты меры па прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці іншыя меры, аналагічныя па сваіх выніках прымусовай канфіскацыі ці нацыяналізацыі, на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку толькі ў грамадскіх інтарэсах і з выплатай кампенсацыі. Кампенсацыя павінна адпавядаць вартасці канфіскаваных інвестыцый, вызначанай непасрэдна перад момантам, калі афіцыйна стала вядома аб фактычна ажыццёўленых мерах ці якія могуць адбыцца па прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці мерах з аналагічнымі вынікамі. Кампенсацыя павінна выплачвацца неадкладна і да моманту яе выплаты на суму кампенсацыі налічваюцца банкаўскія працэнты ў адпаведнасці з дзеючай працэнтнай стаўкай; яна павінна быць свабодна трансферыруемай і свабодна выкарыстоўвацца. Не пазней моманту ажыццяўлення прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці меры, аналагічнай ім па свайму характару, павінен быць устаноўлены парадак вызначэння сумы і выплаты кампенсацыі. Правамернасць ажыццяўлення прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці меры, аналагічнай ім па свайму характару, а таксама памер кампенсацыі разглядаюцца па патрабаванню інвестара ў адпаведных судовых інстанцыях.

3. Інвестарам аднаго Дагаворнага Боку, якія панеслі страты па сваіх інвестыцыях на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку з прычыны вайны ці іншых узброеных сутыкненняў, рэвалюцыі, надзвычайнага становішча ці бунту, будзе прадастаўлены гэтым Дагаворным Бокам рэжым не менш спрыяльны ў адносінах да пакрыцця страт, адступных сум, кампенсацыі ці іншых выплат, чым да ўласных інвестараў і інвестараў трэціх дзяржаў. Гэтыя сумы павінны быць свабодна трансферыруемымі.

## Артыкул 5

Кожны з Дагаворных Бакоў гарантуе інвестарам іншага Дагаворнага Боку свабодны трансфер плацяжоў у сувязі з інвестыцыямі, у прыватнасці:

- а) капіталу і дадатковых сум для падтрымання ці павелічэння аб'ёму інвестыцый;
- б) даходаў;
- в) сум, якія выплачваюцца ў пагашэнне пазык;
- г) выручкі, якая ўзнікае ў сувязі з поўнай ці частковай ліквідацыяй ці продажам інвестыцый;
- д) кампенсацыі, якая прадугледжана ў артыкуле 4 дадзенага Дагавора.

## Артыкул 6

Калі адзін з Дагаворных Бакоў ажыццяўляе выплату сум сваім інвестарам на падставе гарантыі інвестыцый, ажыццяўленых на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку, то гэты іншы Дагаворны Бок, не закранаючы правоў першага Дагаворнага Боку, што вынікаюць з артыкула 10 дадзенага Дагавора, будзе прызнаваць у сілу закона ці дагавора перадачу першаму Дагаворнаму Боку ўсіх правоў ці патрабаванняў гэтых інвестараў. Акрамя таго, іншы Дагаворны Бок прызнае ўступленне першага Дагаворнага Боку ва ўсе гэтыя правы ці патрабаванні (перададзеныя правы патрабавання), якія першы Дагаворны Бок мае права ажыццяўляць у тым жа аб'ёме, што яго папярэднік па праву. Гэта ўключае і права інвестара ў адпаведнасці з дадзеным Дагаворам.

## Артыкул 7

1. Трансфер плацяжоў, зазначаных у пунктах 2 або 3 артыкула 4 і ў артыкуле 5 будзе ажыццяўляцца неадкладна па адпаведным дзеючым курсе.

2. Абмен нацыянальнай валюты Дагаворнага Боку ў свабодна канверсаваную валюту ажыццяўляецца на яе валютным рынку па дзеючым на гэты момант рыначным курсе.

3. Гэты курс не павінен істотна адрознівацца ад сумяшчальнага курса (cross rate), што вынікае з тых разліковых курсаў, якія Міжнародны валютны фонд узяў бы за аснову пераразліку адпаведных валют у спецыяльныя правы запазычання ў момант, зазначаны ў пункце 2 гэтага артыкула.

## Артыкул 8

1. Калі з заканадаўства аднаго Дагаворнага Боку ці міжнародна-прававых пагадненняў, існуючых паміж Дагаворнымі Бакамі разам з дадзеным Дагаворам ці заключаных імі ў будучым, вынікае агульнае ці спецыяльнае палажэнне, згодна з якім інвестыцыі інвестараў іншага Дагаворнага Боку карыстаюцца больш спрыяльным рэжымам, чым па дадзенаму Дагавору, то такое палажэнне будзе мець перавагу над палажэннямі дадзенага Дагавора ў той частцы, у якой яно больш спрыяльнае.

2. Кожны з Дагаворных Бакоў будзе прытрымлівацца любога іншага абавязацельства, якое ён прыняў на сябе ў адносінах да інвестыцый інвестараў іншага Дагаворнага Боку на сваёй тэрыторыі.

## Артыкул 9

Дадзены Дагавор дзейнічае пасля яго ўступлення ў сілу таксама ў адносінах да інвестыцый, якія былі ажыццёўлены інвестарамі аднаго Дагаворнага Боку ў адпаведнасці з заканадаўствам іншага Дагаворнага Боку на яго тэрыторыі яшчэ да ўступлення ў сілу дадзенага Дагавора.

## Артыкул 10

1. Спрэчкі паміж абодвума Дагаворнымі Бакамі аб тлумачэнні ці прымяненні дадзенага Дагавора будуць вырашацца, па магчымасці, Урадамі абодвух Дагаворных Бакоў.

2. Калі спрэчка не можа быць урэгулявана такім шляхам, то па патрабаванні аднаго з Дагаворных Бакоў яна перадаецца на рашэнне трацейскага суда.

3. Трацейскі суд ствараецца для кожнага канкрэтнага выпадку, прычым кожны Дагаворны Бок назначае па аднаму члену трацейскага суда, і абодва члены трацейскага суда сумесна дамаўляюцца аб кандыдатуры грамадзяніна трэцяй дзяржавы, які Урадамі абодвух Дагаворных Бакоў прызначаецца ў якасці старшыні трацейскага суда. Члены трацейскага суда павінны быць назначаны на працягу двух месяцаў, а старшыня трацейскага суда - на працягу трох месяцаў з моманту, калі адзін з Дагаворных Бакоў паведаміць іншаму Дагаворнаму Боку аб сваім намеры перадаць спрэчку на вышэйшае рашэнне трацейскага суда.

4. Калі тэрміны, зазначаныя ў пункце 3 дадзенага артыкула, не будуць вытрыманы, то пры адсутнасці іншай дамоўленасці кожны з Дагаворных Бакоў можа звярнуцца да

старшыні Міжнароднага суда ААН з просьбай ажыццявіць неабходныя прызначэнні. Калі старшыня мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў ці іншая прычына перашкаджае яму ажыццявіць прызначэнні, то гэтыя прызначэнні ажыццяўляюцца яго намеснікам. У тым выпадку, калі і намеснік старшыні мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў ці ён пазбаўлены магчымасці дзейнічаць, то прызначэнні ажыццявіць наступны па чыну член Міжнароднага суда, які не мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў.

5. Трацейскі суд выносіць сваё рашэнне большасцю галасоў. Гэта рашэнне канчатковае і мае абавязковую сілу. Кожны з Дагаворных Бакоў нясе выдаткі, што звязаныя з дзейнасцю прызначанага ім члена трацейскага суда, а таксама па свайму прадстаўніцтву ў арбітражным працэсе; выдаткі, звязаныя з дзейнасцю страшыні трацейскага суда, а таксама іншыя выдаткі Дагаворных Бакоў нясуць у роўных долях. Трацейскі суд можа прыняць рашэнне аб іншым урэгуляванні пытання аб нясенні выдаткаў. Па ўсіх астатніх пытаннях трацейскі суд вызначае парадак сваёй працы самастойна.

6. З улікам палажэнняў пункта 1 артыкула 27 Канвенцыі аб парадку вырашэння інвестыцыйных спрэчак паміж дзяржавамі і замежнымі асобамі ад 18 сакавіка 1965 года зварот да зазначанага ў дадзеным артыкуле трацейскага суда немагчымы ў тым выпадку, калі паміж інвестарам аднаго Дагаворнага Боку і іншым Дагаворным Бокам дасягнута дамоўленасць у адпаведнасці з артыкулам 25 Канвенцыі. Гэтым не закранаецца магчымасць звароту да зазначанага ў дадзеным артыкуле трацейскага суда ў выпадку невыканання рашэння трацейскага суда, які дзейнічае ў адпаведнасці з зазначанай Канвенцыяй (артыкул 27), або ў выпадку перадачы правоў у сілу закона ці на падставе палажэнняў артыкула 6 дадзенага Дагавора.



## Артыкул 11

1. Спрэчкі адносна інвестыцый паміж адным Дагаворным Бокам і інвестарам іншага Дагаворнага Боку па магчымасці павінны рэгулявацца ўдзельнікамі спрэчкі дружалюбным спосабам. Па патрабаванні інвестара яны могуць быць вынесены на разгляд адпаведнага суда таго з Дагаворных Бакоў, на тэрыторыі якога ажыццёўлена інвестыцыя.

2. Калі спрэчка не можа быць урэгулявана на працягу шасці месяцаў з моманту заявы аб ёй адным з бакоў, то па патрабаванні інвестара іншага Дагаворнага Боку яна перадаецца на рашэнне трацейскага суда. Калі бакі-удзельнікі спрэчкі не дамаўляюцца аб іншай працэдурцы, то спрэчка будзе разглядацца ў трацейскім судзе ў адпаведнасці з Канвенцыяй аб парадку вырашэння інвестыцыйных спрэчак паміж дзяржавамі і грамадзянамі іншых дзяржаў ад 18 сакавіка 1965 г.

3. Рашэнне трацейскага суда мае абавязковую сілу і не падлягае ніякаму іншаму абскарджанню за выключэннем выпадкаў, што прадугледжаны названай Канвенцыяй. Рашэнне прыводзіцца ў выкананне ў адпаведнасці з нацыянальным заканадаўствам.

4. У час трацейскага разбору ці выканання рашэння трацейскага суда Дагаворны Бок, які ўдзельнічае ў спрэчцы, не будзе вылучаць у якасці аргумента тое, што інвестар іншага Дагаворнага Боку атрымаў частковую ці поўную кампенсацыю за панесеныя страты па дагаворы страхавання.

## Артыкул 12

Дадзены Дагавор дзейнічае незалежна ад наяўнасці або адсутнасці паміж абодвума Дагаворнымі Бакамі дыпламатычных ці консульскіх адносін.

## Артыкул 13

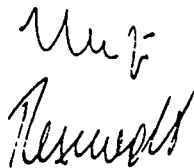
1. Дадзены Дагавор падлягае ратыфікацыі; абмен ратыфікацыйнымі граматамі будзе ажыццёўлены ў магчыма кароткі тэрмін у Мінскі.

2. Дадзены Дагавор уступіць у сілу праз адзін месяц пасля абмену ратыфікацыйнымі граматамі. Ён будзе дзейнічаць на працягу дзесяці год. Калі ні адзін з Дагаворных Бакоў не паведаміць у пісьмовай форме аб дэнансацыі дадзенага Дагавора за дванаццаць месяцаў да сканчэння тэрміну яго дзеяння, дадзены Дагавор працягваецца на неабмежаваны тэрмін. Па сканчэнні дзесяці год дзеянне дадзенага Дагавора можа быць спынена ў любы час пры выкананні тэрміну дэнансацыі ў дванаццаць месяцаў.

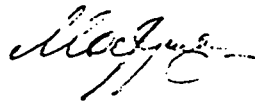
3. У адносінах да інвестыцый, ажыццёўленых да моманту спынення дзеяння дадзенага Дагавора, палажэнні артыкулаў 1-12 будуць заставацца ў сіле на працягу далейшых дваццаці год з дня спынення дзеяння дадзенага Дагавора.

Учынена ў Боне 2 красавіка 1993 г.,  
у двух аўтэнтчных экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

За Федэратыўную Рэспубліку  
Германія:



За Рэспубліку  
Беларусь:



## ПРАТАКОЛ

Пры падпісанні Дагавора паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый упаўнаважаныя, што падпісаліся ніжэй, таксама дамовіліся аб наступных палажэннях, якія з'яўляюцца састаўной часткай Дагавора.

1. Да артыкула 1

а) Даходы ад інвестыцый і, у выпадку іх паўторнага ўкладання, даходы ад іх, карыстаюцца аховай у роўнай ступені з інвестыцыямі.

б) Без ушчамлення для іншых працэдур вызначэння грамадзянства, грамадзянінам аднаго Дагаворнага Боку, у прыватнасці, лічыцца любая асоба, якая мае нацыянальны паштарт, выдадзены кампетэнтнымі органамі адпаведнага Дагаворнага Боку.

2. Да артыкула 2

а) Інвестыцыя лічыцца ажыццёўленай у адпаведнасці з заканадаўствам Рэспублікі Беларусь у тым выпадку, калі яна належным чынам зарэгістравана.

б) Дадзены Дагавор дзейнічае таксама на тэрыторыі выключнай эканамічнай зоны і на кантынентальным шэльфе, наколькі Міжнароднае права дазваляе адпаведнаму Дагаворнаму Боку выкананне суверэнных правоў ці паўнамоцтваў у адносінах да гэтых тэрыторый.

### 3. Да артыкула 3

а) У якасці "дзейнасці" у сэнсе пункта 2 артыкула 3 дадзенага Дагавора патрэбна разглядаць, у прыватнасці, але не выключна, кіраванне і распараджэнне інвестыцыямі, а таксама іх прымяненне і выкарыстанне. У якасці "менш спрыяльнага" рэжыму ў сэнсе артыкула 3 дадзенага Дагавора патрэбна, у прыватнасці, разглядаць: абмежаванне ў набыцці сыравіны і дапаможных матэрыялаў, энергіі і паліва, а таксама ўсіх сродкаў вытворчасці і абаротных сродкаў, перашкоды збыту прадукцыі ўнутры краіны і за мяжой, а таксама іншыя меры з аналагічнымі вынікамі. Меры, якія прымаюцца ў інтарэсах грамадскай бяспекі і грамадскага парадку, аховы здароўя народа ці маралі, не лічацца "менш спрыяльным" рэжымам у сэнсе артыкула 3 дадзенага Дагавора.

б) Палажэнні артыкула 3 дадзенага Дагавора не абавязваюць Дагаворны Бок распаўсюджваць падаткавыя льготы, вызваленні і скідкі, якія прадастаўляюцца ў адпаведнасці з падаткавым заканадаўствам толькі фізічным асобам і прадпрыемствам з месцам жыхарства ці знаходжання на яго тэрыторыі, на фізічныя асобы або таварыствы з месцам жыхарства або знаходжання на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку.

в) У рамках нацыянальнага заканадаўства Дагаворныя Бакі будуць добразычліва разглядаць заяўкі на ўезд і знаходжанне асоб аднаго Дагаворнага Боку, якія збіраюцца прыехаць на тэрыторыю іншага Дагаворнага Боку ў сувязі з інвестыцыямі; дадзенае палажэнне распаўсюджваецца таксама на працоўных аднаго Дагаворнага Боку, якія ў сувязі з інвестыцыямі збіраюцца прыехаць на тэрыторыю іншага Дагаворнага Боку і знаходзіцца там з мэтай выканання працоў-

най дзейнасці. Добразычліва будуць разглядацца таксама заяўкі на выдачу дазволаў на працу.

#### 4. Да артыкула 4

Інвестар мае права патрабавання кампенсацыі таксама і ў выпадках нанясення іншым Дагаворным Бокам страт гаспадарчай дзейнасці прадпрыемства з яго долевым удзелам, калі тым самым наносіцца істотная страта яго інвестыцыям. У выпадку ўзнікнення спрэчак па гэтых падставах паміж інвестарам і іншым Дагаворным Бокам дзейнічаюць адпаведна палажэнні артыкула 11.

#### 5. Да артыкула 7

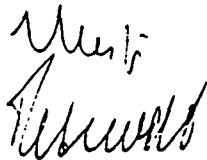
Трансфер лічыцца выкананым "неадкладна" у сэнсе пункта 1 артыкула 7 дадзенага Дагавора ў тым выпадку, калі ён выконваецца ў межах таго тэрміну, які пры нармаль-ных абставінах патрабуецца для выканання фармальнасцей па яго ажыццяўленню. Тэрмін пачынаецца з моманту падачы адпаведнай заяўкі і ні ў якім разе не павінен перавышаць два месяцы.

6. Пры перавозе грузаў ці асоб у сувязі з інвестыцы-яй ні адзін з Дагаворных Бакоў не будзе забараняць ці перашкаджаць транспартным прадпрыемствам іншага Дагаворнага Боку ажыццяўляць транспартныя аперацыі і будзе, калі неабходна, выдаваць дазволы на выкананне гэтых перавозак.

7. З уступленнем у сілу Дагавора паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый Дагавор паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Саюзам Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове капіталаўкладанняў ад 13 чэрвеня 1989 года ў адносінах паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь страчвае сілу.

Учынена ў Боне 2 красавіка 1993 г., у двух аўтэнтчных экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, пры чым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

За Федэратыўную Рэспубліку  
Германія:



За Рэспубліку  
Беларусь:



## [TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
AND THE REPUBLIC OF BELARUS CONCERNING THE  
ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF  
INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Belarus,

Desiring to intensify bilateral economic cooperation between the two States on the basis of equal rights and reciprocal advantage,

Intending to create favourable conditions for investments by investors of one State in the territory of the other,

Recognizing that the encouragement of such investments and their protection on the basis of a Treaty will foster the development of all forms of economic activity, particularly in the field of private economic activity, and improve the prosperity of both peoples,

Have agreed as follows:

*Article 1*

For the purposes of this Treaty

(1) The term “investments” shall comprise all kinds of assets, more particularly, but not exclusively:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;

(b) Shares of companies and other kinds of company interests;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;

(d) Intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility models, commercial designs and models, trade marks, trade names, trade and company secrets, technical processes, know-how and goodwill;

(e) Business concessions, including concessions for prospecting and exploiting;

Any alteration of the form of the investment shall not affect its classification as an investment;

(2) The term “returns” shall mean the amounts yielded from an investment for a definite period, such as profits, dividends, interest, and licence or other fees;

(3) The term “investor” shall mean

(a) In reference to the Federal Republic of Germany:

— Natural persons, who are German as defined by the Basic Law of the Federal Republic of Germany,

<sup>1</sup> Came into force on 23 September 1996 by the exchange of the instruments of ratification at Minsk, in accordance with article 13.



- Companies, meaning juridical persons as well as commercial or other companies or associations with or without legal personality having their seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not their activities are directed at profit,
  - (b) In reference to the Republic of Belarus:
- Natural persons who are nationals of the Republic of Belarus according to the law on nationality of the Republic of Belarus, and are entitled to carry out investment activities,
- Juridical persons that have their seat in the territory of the Republic of Belarus, are registered there, and are entitled to carry out investment activities;
  - (4) The term “free transfer” shall mean:
    - (a) The exchange into convertible currency of any payable sums of money denominated in the national currency of a Contracting Party, and the subsequent exporting of such sums in freely convertible currency;
    - (b) The exporting of any sums of money payable in freely convertible currency as a result of economic activity.

#### *Article 2*

- (1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its respective laws. It shall in every case accord investments fair and equitable treatment.
- (2) No Contracting Party shall in any way impede the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory by investors of the other Contracting Party through arbitrary or discriminatory measures.
- (3) Investments by investors of one Contracting Party admitted in the territory of the other Contracting Party in accordance with its laws shall enjoy the full protection of this Treaty.

#### *Article 3*

- (1) Neither Contracting Party shall treat investments in its territory owned by investors of the other Contracting Party or investments in which investors of the other Contracting Party have a holding, less favourably than it treats investments of its own investors, or investments of investors of any third State.
- (2) Neither Contracting Party shall treat investors of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, less favourably than it treats its own investors, or investors of any third State.
- (3) This treatment shall not refer to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States on account of its membership in, or association with, a customs or economic union, a common market, or a free trade area.
- (4) The treatment granted under this article shall not refer to privileges granted by either Contracting Party to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

#### Article 4

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or impending expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall, until such time as payment is made, earn interest at the normal rate of bank interest; it shall be effectively realizable and freely transferable. Suitable arrangements for the determination and payment of the compensation shall be made, by the latest on the date of the expropriation, nationalization, or comparable measure. At the request of the investor, the legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure, and the amount of compensation, shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting Party who suffer losses on their investments owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt in the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that Party accords to its own investors, or investors of third States, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

#### Article 5

Each Contracting Party shall guarantee the investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

(a) Of the capital and additional amounts which are necessary to maintain or increase the investment;

(b) Of the returns;

(c) In repayment of loans;

(d) Of the proceeds from the liquidation or sale of the whole or any part of the investment;

(e) Of the compensation provided for in article 4.

#### Article 6

If either Contracting Party makes payments to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of all rights or claims from such investor to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall further recognize the subrogation of the former Contracting Party to all such rights or claims (assigned claims), which the former Contracting Party shall be entitled to exercise to the same extent as its legal predecessor. This includes the rights of investors under this Treaty.

*Article 7*

(1) A transfer under paragraphs 2 or 3 of article 4, or article 5, shall be made without delay at the exchange rate in effect on the day of the transfer.

(2) The exchange of the national currency of the Contracting Party into a freely convertible currency shall be carried out in the foreign exchange market of the Contracting Party at the exchange rate prevailing in that market at the time of the transfer.

(3) Such exchange rate may not vary significantly from the cross rate determined on the basis of the conversion rates underlying the International Monetary Fund's special drawing rights conversions for the currencies concerned at the time referred to in paragraph 2.

*Article 8*

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

*Article 9*

This Treaty shall also apply to investments made by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, in accordance with the legislation of the latter, before the entry into force of this Treaty.

*Article 10*

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot be thus settled, it shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, from the date on which either Contracting Party has informed the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of another agreement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging such function, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President is also a national of either Contracting Party or if

he, too, is prevented from discharging said function, the next highest ranking member of the International Court of Justice who is not a national of either Contracting Party shall make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be final and binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) With regard to the provisions of paragraph 1 of article 27 of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States,<sup>1</sup> the arbitral tribunal provided for above may not be appealed to insofar as agreement has been reached between the investor of one Contracting Party and the other Contracting Party, under article 25 of said Convention. This shall not affect the possibility of appealing to the aforementioned designated arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention is not complied with (article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in article 6 of the present Treaty.

#### *Article 11*

(1) Disputes with regard to investments between either Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute. Such disputes may, at the request of the investor, be brought before the competent court of the Contracting Party in whose territory the investment has been made.

(2) If a dispute cannot be settled within six months after it has been raised by one of the parties to the dispute, the dispute shall, at the request of an investor of the other Contracting Party, be subjected to arbitral proceedings. If the parties to the dispute do not make a different arrangement, the dispute shall be subjected to arbitral proceedings under the terms of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States.

(3) The arbitral award shall be binding and shall not be subject to any legal appeal or legal recourse other than that provided for in the aforementioned Convention. The award shall be enforced in accordance with national legislation.

(4) Neither Contracting Party that is a party to the dispute shall raise the objection during arbitral proceedings or during the enforcement of an arbitral award that the investor of the other Contracting Party has received compensation under an insurance policy for part or all of the damage.

#### *Article 12*

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the two Contracting Parties.

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

*Article 13*

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged in Minsk as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years, this Treaty may be denounced at any time giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of the Treaty.

DONE at Bonn on 2 April 1993, in duplicate, in the German and Byelorussian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic  
of Germany:

DIETER KASTRUP  
GÜNTHER REXRODT

For the Republic  
of Belarus:

Mr. MIJASNIKOVICH

## PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Belarus, the undersigned Plenipotentiaries have reached agreement in addition on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty.

(1) *Ad article 1:*

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Irrespective of other procedures undertaken to establish nationality, a national of a Contracting Party shall be defined in particular by the possession of a passport issued by the competent authorities of such Contracting Party.

(2) *Ad article 2:*

(a) An investment is deemed to be in accordance with the laws of the Republic of Belarus if it has been duly registered.

(b) The Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or powers in such territories.

(3) *Ad article 3:*

(a) The term “activity” within the meaning of paragraph 2 of article 3 shall refer in particular, but not exclusively, to the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel, or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products in domestic or foreign markets, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, or for the protection of life and health or public morality, shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in direct connection with an investment; the same shall apply to employees of either Contracting Party who in direct connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) *Ad article 4:*

The investor may also claim compensation in the event that the economic value of the company in which he has invested is significantly impaired by the other Contracting Party and the economic value of his investment is significantly impaired as a result. In the case of any disputes that may thereby arise between the investor

and the other Contracting Party, the provisions of article 11 shall apply *mutatis mutandis*.

(5) *Ad* article 7:

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of paragraph 1 of article 7 if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which a request has been submitted, and may on no account exceed two months.

(6) Whenever goods or persons connected with the investment are to be transported, one Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport.

(7) With the entry into force of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Belarus concerning the promotion and reciprocal protection of investments, the Treaty of 13 June 1989 between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics concerning the promotion and reciprocal protection of investments<sup>1</sup> shall cease to be effective with respect to relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Belarus.

DONE at Bonn on 2 April 1993, in duplicate, in the German and Byelorussian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic  
of Germany:

DIETER KASTRUP  
GÜNTHER REXRODT

For the Republic  
of Belarus:

Mr. MIJASNIKOVICH

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1707, p. 171.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

**TRAITÉ<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE  
ET LA RÉPUBLIQUE DU BÉLARUS RELATIF À L'ENCOURA-  
GEMENT ET LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTIS-  
SEMENTS**

La République fédérale d'Allemagne et la République du Bélarus,

Animées du désir d'approfondir la coopération économique entre leurs deux pays sur la base de l'égalité de droit et de l'avantage mutuel,

S'efforçant de créer des conditions favorables pour les investissements des investisseurs de chacun des deux Etats sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont de nature à renforcer toutes les formes d'initiative économique, particulièrement dans le domaine de l'entrepreneuriat privé et à accroître la prospérité des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

Aux fins du présent Traité,

1. Par « investissement », on entend les biens de toute nature, en particulier mais non exclusivement :

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits réels tels qu'hypothèques et gages;

b) Les droits de participation dans des entreprises et tous types de parts de sociétés;

c) Les créances sur des montants monétaires employés pour créer une valeur économique, ou les créances sur des prestations à valeur économique, les brevets, les échantillons et modèles industriels, les marques de commerce, les noms, les secrets commerciaux et industriels et les procédés;

d) Les droits de propriété intellectuelle ou industrielle, en particulier les droits d'inventeurs, les brevets, les échantillons et modèles industriels, les marques de commerce, les noms commerciaux, les secrets commerciaux et industriels, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les concessions, y compris les concessions relatives à la prospection et la mise en valeur de ressources naturelles.

Les modifications du mode de placement des avoirs ne portent pas atteinte à leur qualité d'investissement.

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 23 septembre 1996 par l'échange des instruments de ratification à Minsk, conformément à l'article 13.



2. Par « revenus », on entend les montants rapportés par un investissement au cours d'une certaine période, par exemple les gains, dividendes, intérêts, redevances ou autres rémunérations.

3. Par « investisseur », on entend :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

— Les personnes physiques qui sont allemandes, au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

— Les sociétés, autrement dit les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres sociétés ou associations, dotées ou non de la personnalité juridique, qui ont leur siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, qu'elles exercent ou non une activité lucrative;

b) En ce qui concerne la République du Bélarus :

— Les personnes physiques qui possèdent la nationalité de la République du Bélarus conformément à la loi de la République relative à la nationalité;

— Les personnes morales ayant leur siège sur le territoire du Bélarus, qui sont enregistrées sur ce territoire et ont le droit d'effectuer des investissements.

4. Par « libre transfert », on entend :

a) L'échange des montants obtenus dans la monnaie de l'une des Parties contractantes contre des devises convertibles, suivi de l'exportation de ces montants en devises librement convertibles;

b) L'exportation de montants résultant d'une activité économique en devises librement convertibles.

#### *Article 2*

1. Chacune des Parties contractantes autorise, sur son territoire, conformément à sa législation en vigueur, les investisseurs de l'autre Partie contractante, et les encourage autant que possible. Elle accorde en tout état de cause un traitement juste et équitable à ces investissements.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice, d'une manière quelconque, sur son territoire, à l'administration, l'utilisation, l'emploi ou la mise à profit des investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante, par des mesures arbitraires ou discriminatoires.

3. Les investissements effectués par des investisseurs de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante à la législation de celle-ci bénéficient pleinement de la protection prévue par le présent Traité.

#### *Article 3*

1. Aucune des Parties contractantes ne soumettra sur son territoire les investissements appartenant à des investisseurs de l'autre Partie contractante, ou des investissements auxquels participent des investisseurs de l'autre Partie contractante, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé aux investissements de ses propres investisseurs ou à des investissements effectués par des investisseurs d'Etats tiers.

2. Aucune des Parties contractantes ne soumettra sur son territoire les investisseurs de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne leurs activités liées aux

investissements, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé à ses propres investisseurs ou à des investisseurs d'Etats tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux investisseurs de pays tiers pour participer à une union douanière ou économique, à un marché commun, en raison de leur participation à une zone de libre-échange ou en raison de ses associations.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante pourrait accorder aux investisseurs d'Etats tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords en matière fiscale.

#### *Article 4*

1. Les investissements effectués par des investisseurs de l'une des Parties contractantes bénéficient d'une protection et d'une sécurité intégrales sur le territoire de l'autre Partie.

2. Les investissements effectués par des investisseurs d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnisation doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle la nationalisation ou la mesure équivalente aura été annoncée publiquement. L'indemnité devra être versée sans retard, elle sera productrice d'intérêts jusqu'à la date du paiement aux taux d'intérêts bancaires usuels; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard à la date de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes, les dispositions voulues devront être prises pour fixer le montant de l'indemnisation et en effectuer le versement. A la demande de l'investisseur, la légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou des autres mesures équivalentes, et le montant de l'indemnisation doivent faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les investisseurs de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs ou aux investisseurs de pays tiers en matière de restitutions, de dédommagements, d'indemnités ou autres modes de règlements. Ces montants seront librement transférables.

#### *Article 5*

Chaque Partie contractante garantira aux investisseurs de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;

d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou d'aliénation totale ou partielle;

e) Les indemnisations prévues à l'article 4.

#### *Article 6*

Si une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses propres investisseurs en vertu d'une garantie donnée à un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit conféré à la première Partie par l'article 10 du présent Traité, la cession de tout droit ou créance de cet investisseur à la première Partie, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. La deuxième Partie contractante reconnaît en outre qu'elle est subrogée dans tous lesdits droits et créances par la première Partie qui a effectué les paiements. La première Partie contractante peut faire valoir ses droits et créances dans la même mesure que son prédécesseur en titre, y compris les droits de l'investisseur protégés par le présent Traité.

#### *Article 7*

1. Les transferts effectués conformément aux dispositions des paragraphes 2 ou 3 de l'article 4, ou aux dispositions de l'article 5 le seront sans retard au cours en vigueur le jour du transfert.

2. Les montants dans la monnaie de chaque Partie contractante sont échangés en devises librement convertibles sur le marché des devises de la Partie contractante au taux en vigueur sur celui-ci à ce moment-là.

3. Ce cours ne s'écarte pas sensiblement du taux croisé résultant du taux de conversion que le Fonds monétaire international utiliserait à la date visée au paragraphe 2 du présent article pour convertir les monnaies concernées en Droits de tirage spéciaux.

#### *Article 8*

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante, un traitement plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, cette réglementation prévaut sur le présent Traité, dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

#### *Article 9*

Le présent Traité s'applique aussi aux investissements déjà effectués avant son entrée en vigueur par des investisseurs de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre conformément aux dispositions législatives de cette dernière.

#### *Article 10*

1. Autant que possible, les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou l'application du présent Traité, seront réglés à l'amiable par les gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Les différends qui ne peuvent pas être réglés de cette manière sont soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est constitué de la manière suivante : chaque Partie contractante désigne un membre du tribunal et les deux membres ainsi désignés conviennent d'un troisième, qui sera le président et doit être ressortissant d'un Etat tiers et qui sera nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres du tribunal seront désignés dans les deux mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral et le Président le sera dans un délai de trois mois.

4. Si les délais définis au paragraphe 3 du présent article ne sont pas respectés, en l'absence d'autre arrangement, chaque Partie contractante peut prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux désignations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est ressortissant de l'une des deux Parties contractantes ou est autrement empêché, le Vice-Président procède aux désignations. Si le Vice-Président est lui aussi ressortissant de l'une des Parties contractantes ou est autrement empêché, c'est le membre de la Cour internationale de Justice qui le suit immédiatement par le rang et n'est ressortissant d'aucune des Parties contractantes qui procède aux désignations.

5. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions sont finales et s'imposent aux Parties. Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à parts égales entre les Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont membres de la Convention du 18 mars 1965 relative aux règlements des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats<sup>1</sup>, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si l'investisseur de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

#### Article 11

1. Les différends en matière d'investissements qui surgiraient entre l'une des Parties contractantes et un investisseur de l'autre Partie seront, autant que possible, réglés à l'amiable entre les parties au différend. A la demande de l'investisseur, ils peuvent être soumis au tribunal compétent de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement est situé.

2. Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties l'aura invoqué, il sera soumis à une procédure d'arbitrage à la demande de l'investisseur de l'autre Partie contractante. A moins que les parties au différend ne conviennent d'autres modalités, le différend sera

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

soumis à une procédure d'arbitrage dans le cadre de la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des litiges en matière d'investissements entre des Etats et des ressortissants d'autres Etats.

3. La sentence arbitrale s'impose aux parties et il n'existe contre elle aucun autre recours que les moyens de droits ou autres recours prévus dans la Convention susnommée. La sentence est exécutée conformément au droit interne.

4. Au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, la Partie contractante partie au différend ne fera pas valoir que l'investisseur de l'autre Partie contractante a obtenu une indemnisation pour une partie ou la totalité du dommage au titre d'une assurance.

#### *Article 12*

Le présent Traité est applicable, indépendamment de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

#### *Article 13*

1. Le présent Traité est sujet à ratification; l'échange des instruments de ratification aura lieu dès que possible à Minsk.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il demeurera en vigueur pendant une période de 10 ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de 12 mois avant son expiration. Au bout de 10 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, avec préavis de 12 mois.

3. Les dispositions des articles 1 à 12 du présent Traité continueront à s'appliquer pendant 20 ans encore après sa date d'expiration aux investissements effectués avant cette date.

FAIT à Bonn, le 2 avril 1993, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et biélorusse, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
fédérale d'Allemagne :

DIETER KASTRUP  
GÜNTER RESCRODT

Pour la République  
du Bélarus :

Mr. MIJASNIKOWITSCH

## PROCOLE

Lors de la signature du traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Bélarus relatif à l'encouragement et la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont en outre convenus des dispositions ci-après, qui font partie intégrante du Traité :

1. *Au sujet de l'article premier :*

a) Le produit des investissements et, s'il est réinvesti, le produit de ces réinvestissements bénéficient de la même protection que les investissements eux-mêmes;

b) Nonobstant les autres modalités de détermination de la nationalité, sont en particulier considérées comme ressortissantes de l'une des Parties contractantes les personnes qui possèdent un passeport national établi par les autorités compétentes de la Partie contractante concernée.

2. *Au sujet de l'article 2 :*

a) Pour être conforme aux règlements de la République du Bélarus, un investissement doit être enregistré dans les règles;

b) Le Traité est en vigueur aussi sur le territoire de la zone d'économie exclusive et du plateau continental dans la mesure où le droit international autorise la Partie contractante considérée à exercer des droits souverains ou la souveraineté sur ces territoires.

3. *Au sujet de l'article 3 :*

a) Par « activités » au sens du paragraphe 2 de l'article 3 du Traité, on entend en particulier, mais non exclusivement, l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par « traitement moins favorable » au sens de l'article 3 du Traité, on entend en particulier les restrictions à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tous types, les entraves à la vente de produits dans le pays et à l'étranger ainsi que toute autre mesure ayant des effets analogues; les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de moralité, ne sont pas considérées comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3 du Traité;

b) Les dispositions de l'article 3 ne font pas obligation à une Partie contractante d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés résidentes de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux que sa législation fiscale réserve aux personnes physiques et aux sociétés domiciliées sur son territoire;

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur droit interne, les demandes d'entrée et de séjour de personnes de l'autre Partie contractante qui souhaitent entrer sur leur territoire en rapport avec un investissement; il en est de même pour les salariés d'une Partie contractante qui souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie et y séjourner pour y exercer une activité salariée en rapport avec un investissement. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

4. *Au sujet de l'article 4 :*

L'investisseur a droit à indemnisation même en cas de préjudice causé à l'activité économique de l'entreprise dans laquelle il a une participation par une interven-

tion de l'autre Partie contractante si cette intervention cause un préjudice notable à son investissement. Les dispositions de l'article 11 s'appliquent *mutatis mutandis* au différend à ce sujet entre l'investisseur et l'autre Partie contractante.

5. *Au sujet de l'article 7 :*

Un transfert est effectué « sans retard » au sens du paragraphe 1 de l'article 7 lorsqu'il a lieu dans les délais normalement nécessaires au respect des formalités de transfert. Ce délai commence lors du dépôt de la demande correspondante et ne peut en aucun cas excéder deux mois.

6. En cas de transport de marchandises et de personnes en rapport avec un investissement, aucune des Parties contractantes n'interdit ni n'entrave les activités des entreprises de transport de l'autre Partie et, autant que nécessaire, accorde les autorisations nécessaires pour ces transports.

7. Le traité du 13 juin 1989 entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques socialistes soviétiques relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements<sup>1</sup> s'éteindra à l'égard de la République fédérale d'Allemagne et de la République du Bélarus à la date de l'entrée en vigueur du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Bélarus relatif à l'encouragement et la protection réciproque des investissements.

FAIT à Bonn le 2 avril 1993, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et biélorusse, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
fédérale d'Allemagne :

DIETER KASTRUP  
GÜNTER RESCRODT

Pour la République  
du Bélarus :

Mr. MIJASNIKOWITSCH

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1707, p. 171.

